

NEWS AUS BRÜSSEL

EU-Informationen der Verbindungsstelle Brüssel

September 2013

Dr. Ekkehard Rohrer / Christian Forstner / . Maria Lastovka

Ausgewählte Vorgänge auf europäischer und internationaler Ebene vom 16. bis 22. September 2013

Das Wichtigste in Kürze

Europäische Union verschärft Regeln für Referenzzinssätze

Nach der Manipulation von LIBOR (London Interbank Offered Rate) und EURIBOR (Euro Interbank Offered Rate) wurden gegen mehrere Banken in Europa und den USA Geldstrafen von mehreren Millionen Euro verhängt. Derzeit wird auch wegen des Vorwurfs der Manipulation von Rohstoff- (wie Öl-, Gas- und Biokraftstoff-) sowie Devisen-Benchmarks ermittelt. Eine Benchmark ist ein Index, der anhand eines repräsentativen Datensatzes ermittelt wird. Mit ihrem Verordnungsvorschlag vom 18.09. will die Kommission die Integrität von Benchmarks gewährleisten.

Auf nationaler wie europäischer Ebene werden Benchmarks künftig nur mit entsprechender Zulassung bereitgestellt werden können. Kritische Benchmarks werden künftig unter Federführung der für den Benchmark-Administrator zuständigen Aufsichtsbehörde von Aufsichtskollegien beaufsichtigt, denen auch die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) angehört. Bei Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Kollegiums wird die ESMA durch verbindliche Schlichtung eine Entscheidung herbeiführen können. Bei kritischen Benchmarks können die zuständigen Behörden Pflichtbeiträge verlangen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-841_de.htm

http://ec.europa.eu/internal_market/securities/docs/benchmarks/130918_proposal_de.pdf

(Vorschlag)

I. Institutionelle Angelegenheiten

1. EU dringt auf stärkeren Bürokratieabbau der Mitgliedstaaten

Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat am 19.09. mit der Hochrangigen Gruppe unter Vorsitz des früheren bayerischen Ministerpräsidenten Stoiber beraten, wie der Bürokratieabbau vorangetrieben werden kann. Barroso sagte dazu: „In den vergangenen fünf Jahren hat die Kommission Maßnahmen zur Verringerung der Verwaltungslasten für europäische Unternehmen ergriffen, die bei einer Größenordnung von 32,3 Milliarden Euro pro Jahr liegen.« Stoiber ergänzte: „Es ist ein großer Erfolg, dass die ehrgeizige Zielvorgabe von 25 Prozent sogar überschritten und eine Verringerung um 26,1 Prozent erreicht wurde. Noch wichtiger wird es jedoch sein, dass sich die Mentalität innerhalb der Kommission ändert, so dass die bürokratischen Auswirkungen jedes einzelnen Vorschlags intern geprüft und berücksichtigt werden können“, so Stoiber.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11675_de.htm

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-836_de.htm

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-786_de.htm

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-787_de.htm

2. Kommission aktualisiert Entwurf für Haushaltsplan 2014

Die Kommission hat am 18.09. mit ihrem "Berichtigungsschreiben 1" Änderungen zu ihrem Entwurf des EU-Haushaltsplans 2014 vorgeschlagen. Die Änderungen ergeben sich hauptsächlich aus der politischen Einigung zum mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2014-2020 zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat und der Kommission vom 27./28. Juni. Die Finanzierungsmöglichkeiten für 2014 für Erasmus+ (das neue Programm der EU für allgemeine und berufliche Bildung und Jugend) werden um 130 Mio. EUR, für COSME (neues Programm zur Förderung der unternehmerischen Initiative, insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen) um 30 Mio. EUR und für Horizont 2020 (neues Programm für Forschung und Innovation) um 200 Mio. EUR erhöht. Zypern erhält zusätzlich 200 Mio. EUR (davon 100 Mio. EUR im Jahr 2014).

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-840_de.htm

http://ec.europa.eu/budget/biblio/documents/2014/2014_de.cfm#a1

3. Anpassungen bei Eigenmitteln der EU im Haushalt für 2013

Die Kommission nahm am 18.09. den Entwurf eines Berichtigungshaushalts Nr.6/2013 an. Da die Einnahmen aus Zöllen wesentlich geringer als veranschlagt ausgefallen sind, schlägt die Kommission eine Deckung in Höhe von 2.062 Mrd. EUR durch Erträge aus Bußgeldern und durch Zinserträge sowie durch eine Erhöhung des BIP-Anteils vor.

4. Zweite europäische Bürgerinitiative erfolgreich

Nach der Initiative Right2Water hat auch die Initiative One of Us, die sich gegen die Finanzierung von verbrauchender Embryonenforschung durch die EU wendet, über eine Million Unterschriften gesammelt und in 11 Mitgliedstaaten die Mindestzahl erreicht.

<http://www.oneofus.eu/>

5. Fünf Bürgerpreise gehen nach Deutschland

Jedes Jahr zeichnet das Europäische Parlament einzelne Bürger oder auch Vereine mit dem Europäischen Bürgerpreis aus. Dieser ehrt das Engagement für das Zusammenleben in Europa und wird in Deutschland am 30. 09. in Berlin an fünf Initiativen und Einzelpersonen verliehen. Die Preisträger sind: Hans Zohren, Bad Sascha (Organisator des internationalen Fußballturniers "Jugend spielt für Europa" in Walkenried); Junge Europäische Bewegung, Berlin (seit 1999 schon gibt es die "Simulation Europäisches Parlament"); Dr. Klaus Wilkens, Adendorf (Präsident der DLRG, mit europaweiten Aktivitäten); streetfootballworld, Berlin (das Netzwerk "streetfootballworld" umfasst mehr als 80 Bolz-Platz-Organisationen in Europa und weltweit) und Matthias Zürl, München (viele Jahre Vorsitzender der Jungen Europäer Bayern).

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20130918AVI20228/html/F%C3%BCnf-B%C3%BCrgerpreise-gehen-nach-Deutschland>

II. Internationales, Außenhandel, Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe

a) Internationales

1. Vermittlungsprozess für Zypern erfährt neuen Schwung

Am 18. 09. fand in Brüssel unter Vorsitz von Kommissionspräsident José Manuel Barroso ein Treffen der Zypern-Lenkungsgruppe statt. Die Gruppe sprach UN-Generalsekretär Ban Ki Moon und seinem Berater volle Unterstützung aus. Barroso erklärte: „Ich bin der festen Überzeugung, dass es uns gelingen kann, die Zypern-Frage ein für allemal zu lösen. Die Wiederaufnahme der offiziellen Verhandlungen dürfte im Oktober erfolgen. Ich gehe davon aus, dass die Gespräche schnell auf die Kernfragen gelenkt werden. Ich bin davon überzeugt, dass die Vorteile einer Wiedervereinigung die dafür erforderlichen Zugeständnisse überwiegen werden. Um so wichtiger ist es, die Öffentlichkeit darauf vorzubereiten, welche Kompromisse für eine Einigung erforderlich sind, und die Zivilbevölkerung in diesen Prozess einzubinden.“

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-843_de.htm

2. Mittelmeerunion startet Jobinitiative

Die Mittelmeer-Anrainer haben bei einer Wirtschaftskonferenz in Tunis eine neue Initiative für Arbeitsplätze und wirtschaftliche Entwicklung in der Region gestartet. Die "Mediterranean Initiative for Jobs (Med4Jobs)" soll den Erfahrungsaustausch in der Region befördern. Mehr als 300 Teilnehmer verabredeten am 17./18.09. ein Arbeitsprogramm, das den Privatsektor und die Erwerbsperspektiven besonders von Jugendlichen und Frauen fördern soll. Zu den Teilnehmern zählten Vertreter internationaler Finanzinstitutionen, Unternehmenslenker, die Arbeitsminister aus Marokko, Jordanien, Tunesien, Libyen sowie der EU-Sonderbeauftragte für die südliche Mittelmeerregion, Bernardino León. Die Initiative Med4Jobs wird vom Sekretariat der Mittelmeerunion in Barcelona koordiniert.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11678_de.htm

<http://ufmsecretariat.org/towards-employment-and-territorial-development-in-the-mediterranean-successful-closing-of-the-mediterranean-economic-conference/>

b) Außenhandel

1. EU-Freihandelsabkommen mit Singapur veröffentlicht

Die Kommission veröffentlichte am 20.09. den Text des im Dezember 2012 zwischen der EU und dem Stadtstaat Singapur abgeschlossenen Freihandelsabkommens. Für die EU hatte Handelskommissar Karel De Gucht das Abkommen besiegelt, dem nun noch die Parlamente beider Seiten zustimmen müssen. Es ist das erste und umfangreichste Freihandelsabkommen mit einem südostasiatischen Land. Die EU hofft nun, dass sich dadurch weitere Länder in der Region anschließen werden. Singapur zählt zu den größten Handelspartnern der Union. Beide Seiten tauschten in 2012 Handelsgüter in einem Wert von über 51 Mrd. EUR aus. Durch das neue Abkommen könnte sich das Volumen innerhalb der nächsten zehn Jahre um 1,4 Mrd. EUR erhöhen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-849_en.htm?locale=en

<http://trade.ec.europa.eu/doclib/press/index.cfm?id=961>

2. Überschuss des Euroraums im internationalen Warenverkehr im Juli

Nach ersten Schätzungen ergab sich für den Euroraum (ER17) im Juli 2013 ein Überschuss von 18,2 Mrd. Euro im Warenverkehr mit der restlichen Welt, gegenüber +13,9 Mrd. im Juli 2012. Im Juni 2013 betrug der Saldo +16,5 Mrd., gegenüber +12,8 Mrd. im Juni 2012. Im Juli 2013 fielen die Ausfuhren (saisonbereinigt) im Vergleich zum Juni 2013 um 1,6% und die Einfuhren um 0,1%. Diese Daten werden von Eurostat veröffentlicht.

http://europa.eu/rapid/press-release_STAT-13-136_de.htm

c) Entwicklungspolitik und humanitäre Hilfe

1. Neue Hilfen der EU für Somalia

Kommissionspräsident Barroso traf am 16.09. Präsident Hassan Sheikh Mohamud von Somalia vor der Konferenz "A New Deal for Somalia". Barroso erinnerte daran, dass die EU seit 2008 über 1.2 Mrd. EUR Hilfen für die Völker von Somalia gewährt habe, davon 521 Mio. EUR als Entwicklungshilfe und 697 Mio. EUR zur Verbesserung der Sicherheit und zur Piratenbekämpfung. Für die neue Phase in der Entwicklung Somalias werde die EU 650 Mio. EUR bereit stellen. Die EU werde auch weiterhin zur Stabilisierung der Sicherheitslage beitragen.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-834_de.htm

<http://www.mobilityweek.eu/>

2. EU bekräftigt Unterstützung für Karibik

Die 15 Karibik-Staaten (mit Ausnahme der Bahamas) sollen in den nächsten sieben Jahren (2014-2020) zur Bekämpfung ihrer Armut eine Milliarde Euro von der EU erhalten. Dier gab Entwicklungskommissar Andris Piebalgs am 18.09. bekannt. Das in der Region am wenigsten entwickelte Land Haiti wird davon mehr als 40 % erhalten.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11673_de.htm

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-798_en.htm?locale=en

III. Arbeit, Soziales, Chancengleichheit, Gesundheit

1. Andor: Währungsunion braucht Beschäftigungs- und Sozialpolitik

In einer Rede am 17.09. erklärte Kommissar László Andor: "Die Strategie des Durchwurstelns in der Eurozonenkrise hat nunmehr ihre Grenzen erreicht. Die Konsolidierung der Währungsunion erfordere stärkere Institutionen, aber auch Solidarität und eine Fiskalkapazität. Die Währungsunion benötige eine engere Koordinierung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik, aber auch ein wirksameres Eingehen auf Probleme in diesen Bereichen im Rahmen des Europäischen Semesters. Es sei in gesamteuropäischem Interesse, dass Arbeitslosigkeit, insbesondere bei Jugendlichen, Armut und Ungleichheit in keinem Staat außer Kontrolle geraten. Zunehmende soziale Probleme müssten frühzeitig angegangen werden. Die Kommission arbeite daher an einem Anzeiger von Sozialindikatoren für die Währungsunion.

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-718_en.htm?locale=en

2. Kollektivverhandlungen und transnationaler sozialer Dialog

Das Europäische Parlament regt an, dass die Kommission prüfen könnte, ob für europäische transnationale Unternehmensvereinbarungen ein fakultativer europäischer Rechtsrahmen notwendig und sinnvoll wäre, um im Fall der Vereinbarungen, die den Bestimmungen des Rahmens entsprechen, für mehr Rechtssicherheit, mehr Transparenz sowie vorhersehbare und vollstreckbare Rechtswirkungen zu sorgen. Das EP regt ferner an, dass Verfahren im Zusammenhang mit europäischen transnationalen Unternehmensvereinbarungen gefördert werden, in denen die Tarifautonomie der Parteien anerkannt wird, und empfiehlt, Bestimmungen über Streitbeilegung in die Vereinbarungen aufzunehmen.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0386+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

IV. Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei

1. Informeller Agrarrat für Stärkung der Familienbetriebe

Bei ihrem Treffen vom 08.-10.09. in Vilnius (Litauen) waren sich die EU-Agrarminister einig, dass die Familienlandwirtschaft eines der wichtigsten Landwirtschaftsmodelle ist, da sie nicht nur Lebensmittel produziert, sondern auch die Lebensfähigkeit des ländlichen Raumes unterstützt, qualitativ hochwertige Produkte hervorbringt und öffentliche Güter bereitstellt. Der litauische Vorsitz hob hervor, dass für landwirtschaftliche Familienbetriebe kurze Lieferketten (d.h. möglichst wenig Zwischenhändler) und lokale Lebensmittelsysteme am günstigsten sind, weil dann der Fokus auf Qualität, Frische, Geschmack und Sicherheit der Erzeugnisse liegen kann. Deutschland und andere Mitgliedstaaten betonten die Steigerung der Wettbewerbskraft durch Forschung und Innovation, Frankreich unterstrich die Notwendigkeit von gekoppelten Beihilfen, u. a. in der Tierhaltung und den Zugang zu Kapital.

<http://www.eu2013.lt/de/news/landwirtschaftliche-familienbetriebe-grundlage-fur-eine-wettbewerbsfahige-und-nachhaltige-landwirtschaft>

2. Kommission legt neue EU-Forststrategie vor

Die Kommission hat am 20.09. eine neue Forststrategie veröffentlicht. Stärker als bisher sollen Aspekte der Wertschöpfungskette und Auswirkungen anderer Politikbereiche auf die Wälder berücksichtigt werden, darunter Energie- und Unternehmenspolitik oder Forschung und Entwicklung. Zudem fordert die Kommission die Erhebung EU-weit harmonisierter Informationen über die Wälder, die 40 % der Fläche der EU bedecken. In einem ergänzenden Blueprint schlägt die Kommission Unterstützungsmöglichkeiten für die europäische Holz- und Forstwirtschaft vor, die mit EU-weit 3,5 Millionen Beschäftigten einen jährlichen Umsatz von fast 500 Mrd. EUR erwirtschaftet. In Deutschland bedecken Wälder ein Drittel der Fläche, rund elf Millionen Hektar.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11681_de.htm

http://ec.europa.eu/agriculture/forest/strategy/index_en.htm

3. Ergebnisse von Konsultation zu Biolandwirtschaft

Die Kommission veröffentlichte am 19.09. die Ergebnisse ihrer Online-Anhörung zur Biolandwirtschaft, an der sich fast 45.000 Einsender beteiligten. Danach vertrauen Verbraucher Bioprodukten (71%), kaufen diese vor allem aus Umweltbewusstsein (83%) und weil sie frei von Gentechnik und Pflanzenschutzmitteln sind. (81%). Die große Mehrheit (78%) ist auch bereit, für Bioprodukte einen höheren Preis zu bezahlen. Dreiviertel (74%) wünschen strengere europäische Standards für Biolebensmittel und eine überwältigende Mehrheit (86%) will einheitliche Regelungen in der EU. Über die Hälfte der Einsender tritt entschieden für ein strengeres europäisches Kontrollsystem für diese Erzeugnisse ein. Die Ergebnisse der Konsultation fließen in die für Anfang 2014 vorgesehene Strategie zur Stärkung dieses Sektors ein.

http://ec.europa.eu/agriculture/organic/news_de

V. Binnenmarkt, Steuern, Wettbewerbsrecht

a) Binnenmarkt

1. Effektivere Lösung von Problemen im Binnenmarkt

Gemäß der Empfehlung 2001/893/EG der Kommission vom 07.12.01 wurde SOLVIT als ein Netz von Zentren der Mitgliedstaaten innerhalb ihrer eigenen nationalen Verwaltungen eingeführt, das zu einer schnellen und informellen Lösung von Problemen von Einzelpersonen und Unternehmen bei der Ausübung ihrer Rechte im Binnenmarkt beitragen soll. Am 17.09. erließ die Kommission eine neue Empfehlung, die ab 01.10. an die Stelle der Empfehlung von 2001 tritt. Diese soll Klarheit über die von SOLVIT auf der Grundlage bewährter Verfahren zu erreichenden Ergebnisse schaffen. Sie legt die Ziele und Standards sowohl für die Mitgliedstaaten als auch für die Kommission fest, um zu gewährleisten, dass Bürger und Unternehmen wirksame Unterstützung in den Fällen erhalten, in denen das Unionsrecht nicht eingehalten wird.

http://ec.europa.eu/solvit/site/docs/recommendation-solvit/20130917_recommendation_solvit_de.pdf

Politik, verbesserte Wettbewerbsfähigkeit und eine weiter vervollständigte WWU. Das erste Element, eine nachhaltige Politik, sei Voraussetzung für die beiden anderen. Nur wenn in allen Ländern die Finanz- und die gesamtwirtschaftliche Politik solide sind, könnten Unternehmen florieren und miteinander auf gesunde Weise konkurrieren. Und nur wenn alle Länder eine nachhaltige Position beibehalten könnten, könne es zu einer engeren Integration im Euroraum kommen. „Die WWU wurde nicht so konzipiert, dass einige Mitglieder permanent Gläubiger und andere auf Dauer Schuldner bleiben sollten“, sagte Draghi.

http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2013/html/sp130916_1.de.html

2. EZB/Coeuré: Ankauf irischer Staatsanleihen denkbar

In einem Interview bestätigte EZB-Direktoriumsmitglied Benoît Coeuré, dass die EZB das Programm zum Ankauf von Staatsanleihen (OMT) starten könnte, wenn Irland vorsorglich ein Kredit beim Eurorettungsfonds ESM eingeräumt wird. Die Kreditlinie müsse nicht erst gezogen werden. OMT sei jedoch ein sehr eng gefasstes Instrument zur Bekämpfung eines sehr spezifischen Risikos, des sogenannten Redenominierungsrisikos. Darunter sei zu verstehen, dass die Märkte fälschlicherweise erwarten, dass ein Land aus dem Eurogebiet ausscheidet. „Die Wahrscheinlichkeit, dass OMT zum Einsatz kommt, ist gering, doch es wird uns erhalten bleiben“, erklärte Coeuré. Eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts wäre für die EZB als EU-Organ juristisch nicht bindend.

<http://www.ecb.europa.eu/press/key/date/2013/html/sp130918.de.html>

3. Kommission überprüft Wassernutzungskonzessionen für Kraftwerke

Die Kommission hat ein eingehendes Prüfverfahren eingeleitet, um festzustellen, ob der Preis, den der etablierte portugiesische Stromversorger EDP 2007 für die Verlängerung des Rechts, öffentliche Wasservorkommen zur Stromerzeugung zu nutzen, gezahlt hat, mit den EU-Beihilfavorschriften im Einklang stand. Ferner hat die Kommission die anderen Mitgliedstaaten um vorläufige Informationen über ihre Vorschriften und Verfahren für die Erteilung oder Verlängerung von Wassernutzungskonzessionen für die Stromerzeugung ersucht.

<http://europa.eu/rapid/press-release IP-13-842 de.htm>

VII. Justiz und Inneres

1. Gemeinsames Europäisches Kaufrecht wird voran gebracht

Der federführende Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments stimmte am 17.09. mit großer Mehrheit (19:3, bei 2 Enthaltungen) für ein optionales Europäisches Kaufrecht, allerdings beschränkt auf den grenzüberschreitenden Fernabsatz (insbesondere den Online-Handel). Er setzte sich damit über das Votum des mitberatenden Binnenmarktausschusses hinweg, der sich am 09.07. dagegen ausgesprochen hatte. Bei der Ausarbeitung des Texts orientierte sich der Rechtsausschuss an Empfehlungen des "European Law Institute". Diese unabhängige Einrichtung mit Sitz in Wien hat eine detaillierte Analyse des Vorschlags vorgelegt. Die Berichterstatter des Rechtsausschusses, Klaus-Heiner Lehne (EVP/DE, CDU) und *Luigi Berlinguer (S&D/ IT)*, erhielten den Auftrag, in Verhandlungen mit dem Rat eine Einigung in erster Lesung anzustreben.

http://europa.eu/rapid/press-release MEMO-13-792_en.htm?locale=en<http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20130916IPR20025/html/Common-European-Sales-Law-backed-by-legal-affairs-MEPs>

<http://europa.eu/rapid/press-release IP-11-666 de.htm>

2. Kommission ergreift Maßnahmen gegen neue Suchtstoffe („Legal Highs“)

Die Kommission hat am 17.09. eine Verordnung vorgeschlagen, mit der die EU verstärkt gegen sogenannte „Legal Highs“ vorgehen kann. Dabei handelt es sich um neue psychoaktive Substanzen, die alternativ zu illegalen Drogen wie Kokain und Ecstasy verwendet werden. Derzeit dauert es mindestens zwei Jahre, bis eine Substanz verboten wird. Künftig wird die Union innerhalb von lediglich zehn Monaten reagieren können. In besonders schwerwiegenden Fällen wird das Verfahren sogar noch kürzer sein. Außerdem ist ein abgestufter Ansatz möglich, bei dem Substanzen mit einem gemäßigten Risiko Beschränkungen auf dem Verbrauchermarkt unterliegen und Substanzen mit einem hohen Risiko vollständig verboten werden. Die Vorschläge folgen Warnungen von Seiten der EBDD (Europäische Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht) und von Europol.

http://europa.eu/rapid/press-release_IP-13-837_de.htm

http://ec.europa.eu/justice/anti-drugs/files/com_2013_619_en.pdf

3. Kroatien: Kommission setzt Umsetzung des Europäischen Haftbefehls durch

Die Kommission hat am 18.09. das sogenannte [Artikel 39](#)-Verfahren gegen Kroatien eingeleitet und damit die für den Bereich Justiz und Inneres geltende Schutzklausel des Beitrittsvertrags Kroatiens aktiviert. Damit kann die Kommission jetzt geeignete Maßnahmen erlassen, um Kroatien dazu zu bewegen, den [Rahmenbeschluss über den Europäischen Haftbefehl](#) endlich korrekt umzusetzen. Zwar hatte Kroatien zugesagt, die betreffenden Bestimmungen mit EU-Recht in Einklang zu bringen, doch sollen die neuen Bestimmungen erst am 15. Juli 2014 in Kraft treten. Diese lange Frist ist nicht gerechtfertigt. Im Juni 2013 hatte Kroatien – drei Tage vor seinem EU-Beitritt – nur wenige Tage gebraucht, um seine Gesetzgebung in einer Weise zu ändern, die gegen die EU-Regelung über den Europäischen Haftbefehl verstößt.

http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-13-793_de.htm

4. Erster Europäischer Aktionsplan gegen das Organisierte Verbrechen

Der EP-Sonderausschuss für organisierte Kriminalität, Korruption und Geldwäsche (CRIM) hat am 17.09. erstmalig einen Aktionsplan für die Jahre 2014 - 2019 verabschiedet. Zu den Prioritäten zählen die Aufhebung des Bank- und Geschäftsgeheimnisses, die Beseitigung von Steueroasen, die Beschlagnahme von Tatwerkzeugen, die verstärkte Bekämpfung von Umweltstraftaten und Gegenseitige Anerkennung von justiziellen Maßnahmen.

[http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-](http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20130916IPR20026/html/Organised-crime-corruption-and-money-laundering-MEPs-table-crackdown-hit-list)

[room/content/20130916IPR20026/html/Organised-crime-corruption-and-money-laundering-MEPs-table-crackdown-hit-list](http://www.europarl.europa.eu/news/de/news-room/content/20130916IPR20026/html/Organised-crime-corruption-and-money-laundering-MEPs-table-crackdown-hit-list)

5. Kritik des Europäischen Parlaments an Strategie der inneren Sicherheit

In seiner EntschlieÙung vom 12.09. bedauert das EP, dass sich die Kommission in ihrer zweiten Mitteilung vom 10. April 2013 über die Durchführung der EU-Strategie der inneren Sicherheit wenig kritisch zu den im Rahmen der Strategie der inneren Sicherheit durchgeführten Maßnahmen äußert und dieselben Prioritäten bekräftigt wie in ihrer ersten Mitteilung vom November 2010, ohne vor allem die Auswirkungen der Übernahme der Charta der Grundrechte zu berücksichtigen, deren Artikel größtenteils nicht nur auf die EU-Bürger Anwendung finden, sondern auf alle Personen, die sich im Hoheitsgebiet der EU aufhalten.

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P7-TA-2013-0384+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

VIII. Umwelt und Verkehr

1. Europas Verkehr muss grüner werden

Auf einer internationalen Straßenverkehrskonferenz in Vilnius (Litauen) erklärte Kommissionsvizepräsident Siim Kallas am 17.09., dass das europäische Straßenverkehrsgewerbe von entscheidender Bedeutung für die Wirtschaft sei. Da aber die meiste Fracht und die meisten Passagiere weiterhin auf den Straßen transportiert würden gehörten Busse und LKWs zu den am stärksten die Umwelt belastenden Verkehrsmitteln. "Wir sollten härter daran arbeiten, Straßenverkehr so sauber und grün wie möglich zu machen. Angesichts von Millionen von LKWs täglich auf verstopften Straßen müssen wir die Lage verbessern. Dies bedeutet, dass wir jetzt handeln müssen." betonte Kallas.

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-710_en.htm?locale=en

2. Einheitlicher Europäischer Luftraum kommt nicht voran

Beim informellen Treffen der EU-Verkehrsminister warnte Kommissionsvizepräsident Siim Kallas vor dem Mangel an Fortschritt bei der Schaffung des Einheitlichen Europäischen Luftraums ([Single European Sky](#)). Er habe deshalb [SES 2+](#) vorgeschlagen, um die Einführung zu beschleunigen. Einige Mitgliedstaaten sähen aber die Dringlichkeit nicht ein. Noch keiner der neun Luftverkehrsblöcke sei voll operational, trotz der verbindlichen Frist vom Dezember 2012. Es fehle also eindeutig an politischem Willen zur Schaffung des Einheitlichen Europäischen Luftraums.

http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-13-703_en.htm?locale=en

IX. Bildung, Forschung, Kultur

1. Von der Idee zum Geschäft: EU vergibt Stipendien an 33 Forscher

Damit brillante Ideen den Weg zur Marktreife finden und für alle Bürger von Nutzen sind, hat der Europäische Forschungsrat (ERC) am 19.09. Stipendien an 33 Topforscher in ganz Europa vergeben. Die so genannten "Proof of Concept"-Stipendien betragen jeweils 150 000 Euro. Sie werden vergeben, damit die wissenschaftlichen Pionierleistungen in Bereichen wie Neurowissenschaften, Ingenieurwissenschaften, Architektur und Menschenrechte den Weg in die Unternehmen finden. Einer der Forscher ist der Dresdner Dr. Denys Makarov vom Leibniz-Institut für Festkörper- und Werkstoffforschung.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11676_de.htm

http://erc.europa.eu/sites/default/files/press_release/files/erc_pr_poc_2013_first_results.pdf

2. Beste Nachwuchswissenschaftler in Prag – drei Deutsche dabei

Europas beste Nachwuchswissenschaftler messen sich in Prag – mit dabei Jugendliche aus Bitterfeld, Würzburg und Lüneburg. 126 junge Wissenschaftler aus 37 Ländern stellen sich ab 20.09. dem Wettbewerb. Beim 25. European Union Contest for Young Scientists in Prag sind auch die drei amtierenden deutschen Bundessieger von Jugend forscht vertreten: Chemie-Bundessieger Michael Laue (18) aus Muldestausee bei Bitterfeld, Lennart Kleinwort (15) aus Zell bei Würzburg (Mathematik/Informatik) und Daniel Pflüger (18) aus Lüneburg.

http://ec.europa.eu/deutschland/press/pr_releases/11677_de.htm

<http://www.eucys2013.cz/about-eucys/what-is-eucys.html>

http://ec.europa.eu/research/eucys/index_en.cfm?pg=home